



# Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

**SPD**

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 01/2012

10. April 2012

## SPD-Senat kauft Hapag-Lloyd-Anteile zum Schutz der Hafenwirtschaft

Am 28. März hat die Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD und der LINKEN entschieden, nach 2008 weitere Anteile an der Container-Reederei Hapag-Lloyd zu erwerben. Dafür nimmt die Stadt mit 420 Millionen Euro viel Geld in die Hand. Die Gründe für

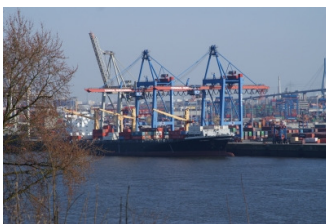


Foto: Karl-Friedrich Beck / PIXELIO

den Kauf sind entsprechend schwerwiegend: es besteht die reale Gefahr, dass ein Investor oder Konkurrent die Mehrheit der Anteile von Hapag-Lloyd erwirbt und den Standort Hamburg vernachlässigt oder gar aufgibt. In Gefahr ist damit die Hamburger Hafenwirtschaft insgesamt, denn Hapag

Lloyd sorgt für gut 40 Prozent des Containerumschlags. Rund 45.000 Arbeitsplätze in Norddeutschland sind damit verbunden. Aus diesen Gründen entschied sich bereits 2008 die damalige schwarz-grüne Regierung für einen Kauf von Hapag-Lloyd-Anteilen im Verbund mit dem sogenannten Albert-Ballin-Konsortium.

Weshalb ist es nun notwendig weitere Anteile zu kaufen? Die TUI möchte Anteile verkaufen. Kauft das Konsortium diese nicht auf, so kann ein anderer Käufer das Konsortium zwingen, Anteile zu verkaufen, damit der neue Anteilseigner über 50 Prozent der Anteile erwerben kann. Dieser vertragliche Kniff wurde 2008 ausgehandelt. Aus SPD-Perspektive muss die Stadt also jetzt genauso wie 2008 eingreifen, will sie

nicht die standortentscheidende Reederei Hapag-Lloyd der Gefahr aussetzen, unterzugehen – mit fatalen Folgen für die Stadt. Nicht zuletzt kommen aus der Hafenwirtschaft jährlich 600-800 Millionen Euro Steuern in den Stadtsäckel. Einnahmen, auf die die Stadt nicht verzichten kann.

Geplant ist, die Hapag Lloyd Anteile wieder zu verkaufen, wenn die Reederei wirtschaftlich robuster aufgestellt ist. Zurzeit ist die Situation in der Containerschiffahrt aufgrund von Überkapazitäten und damit niedrigen Frachtraten angespannt. Der Kauf der Hapag-Lloyd-Anteile ist also ein riskantes Unternehmen – aber derzeit ohne verantwortbare Alternative.

### In dieser Ausgabe:

- LÄRMSCHUTZ IM BEREICH BARMBEKER BAHNHOF VERZÖGERT SICH **2**
- SOZIALE ERHALTUNGSVERORDNUNG FÜR BARMBEK WIRD GEPRÜFT **2**
- INFORMATIONSKAMPAGNE ZUM PFÄNDUNGSSICHEREN KONTO **3**
- BERATUNGSSTELLE FÜR MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHE ARBEITNERINNEN NIMMT ARBEIT AUF **3**
- KONTAKT ZUM WAHLKREISBÜRO **4**
- AM 2. JUNI GEGEN FREMDENHASS DEMONSTRIEREN **4**
- TIPP: VERANSTALTUNGSREIHE „NEONAZIS, RECHTSPOPULISMUS UND DIE MITTE“ **4**

**Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1**

Die öffentliche Anteilnahme am Schicksal von Flüchtlingen ist in der Theorie ausgesprochen groß. Ausgesprochen gering verbreitet dagegen ist die Bereitschaft, Flüchtlinge im direkten Wohn- oder Arbeitsumfeld als Nachbarinnen und Nachbarn zu akzeptieren

und willkommen zu heißen. So zu beobachten in Harburg. Dort wird die Unterkunft an der Wetterstraße um 20 Plätze auf ca. 200 ausgebaut. In unmittelbarer Nähe am Lewenwerder entstehen weitere 100 Plätze. Diese sind dringend notwendig, denn seit zwei

Jahren steigen die Flüchtlingszahlen in Hamburg. Unbestritten: besser wären kleinere Wohneinheiten. Aber Wohnraum in Hamburg ist knapp und teuer. Die Stadt hat gemeinsam mit den Bezirken Raum für 500 neue Unterkunftsplätze gefunden. Innerhalb Ham-

burgs. Das ist schon ein Erfolg.

In Harburg aber schlagen die Wellen hoch. Ein Bürgerbegehren „Gegen Massenunterkünfte“ wurde angestrengt. Bis Ende Mai sollen drei Prozent der Harburgerinnen und Harburger

Fortsetzung auf S. 2

## Flüchtlinge? Bitte nicht vor meiner Haustür!

# Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

Fortsetzung: Flüchtlinge

gegen Unterkünfte mit mehr als 20-30 Personen unterschreiben. Die Diskussion schürt Ängste und verweist auf das Vorurteil des „kriminellen Ausländers“.

Wie geht Hamburg mit steigenden Flüchtlingszahlen um? Wie können Flüchtlinge so leben, dass sie ankommen und sich wohl fühlen können in Deutschland? Wie kann eine gute Nachbarschaft gestaltet werden? Das sind

nur wenige der vielen offenen Fragen, die in Hamburg gemeinsam mit Flüchtlingen diskutiert werden sollten. Dem Harburger Bürgerbegehren aber geht es allein um die Aussage: Nicht vor meiner Haustür!



Foto: Beate Schmid-Janssen

Die einseitige Lärmschutzwand an der Steilshooper Straße

## Lärmschutz im Bereich Barmbeker Bahnhof verzögert sich

Die von den Anwohnerinnen und Anwohnern mit breiter politischer Unterstützung erstrittenen Lärmschutzwände entlang der Güterumgehungsbahn in Barmbek und Dulsberg stehen noch nicht vollständig. Während auf dem Dulsberg bereits alle Lärmschutzwände errichtet sind, fehlt der Schutz gegen den täglichen Güterlärm im Bereich des Barmbeker Bahnhofs nach wie vor.

errichtet, auf der anderen aber nicht. Nach Aussage der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation wird die Komplettierung der Schutzwände an dieser Stelle in der zweiten Jahreshälfte 2013 kommen.

In direkter Nähe des Bahnhofs wird es noch länger dauern: voraussichtlich bis 2014. Um doppelte Kosten zu vermeiden hat sich die Deutsche Bahn entschlossen die Errichtung der Schallschutzwände bis zur endgültigen Fertigstellung der Umbaumaßnahmen am Barm-

beker Bahnhof zu verschieben.

Die immer wieder auftretenden Verzögerungen beim Umbau des Bahnhofs werden nun auch im Regionalausschuss der Bezirksversammlung thematisiert. In seiner März-Sitzung forderten die Abgeordneten die Bauträger Hochbahn und Deutsche Bahn auf, vor dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Wir informieren an dieser Stelle über einen möglichen Termin für diese Aussprache.

KSENIJA BEKERIS:

„BARMBEK  
BRAUCHT EINE  
SOZIALE  
ERHALTUNGS-  
VERORDNUNG FÜR  
EINEN SCHNELLEN  
STOPP DES  
MIETENANSTIEGS“

Grotesk ist die Situation auf Höhe der Steilshooper Straße. Hier wurden Lärmschutzwände auf der einen Seite

## Soziale Erhaltungsverordnung für Barmbek wird geprüft

Auch vor Barmbek macht die nach oben zeigende Spirale ansteigender Mieten nicht halt. Die intensiven Bemühungen des SPD-Senats, Wohnen in Hamburg wieder erschwinglich zu machen, können so schnell noch keine Wirkung zeigen. Bis zu einer Entspannung kann das Baurecht mit dem Mittel der Sozialen Erhaltungsverordnung helfen, die Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern aus ihren Quartieren zu verhindern. Besteht eine solche Verordnung muss das Bauamt bau-

lichen Änderungen und Umwidmungen zustimmen. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxuswohnungen können so verhindert werden.

Das Bezirksamt Hamburg-Nord prüft aktuell die Umsetzbarkeit einer Sozialen Erhaltungsverordnung für diejenigen Bereiche im Bezirk, die sich einer erhöhten Gefahr der Mietpreissteigerung ausgesetzt sehen. Mit Ergebnissen zu dieser Prüfung ist in nächster Zukunft zu rechnen. Sollte die erste

Prüfung eine Erhaltungsverordnung befürworten, würde in einer weiteren Untersuchung von der zuständigen Behörde die Umsetzung der Verordnung endgültig geprüft werden. Mit der Umsetzung könnte dann zu Beginn des kommenden Jahres gerechnet werden. Für Ksenija Bekeris ist klar: der Barmbeker Bereich braucht eine Soziale Erhaltungsverordnung als Mittel gegen Verdrängung und um Wohnen in Barmbek nicht zum Luxus werden zu lassen.

## Sozialpolitische Erfolge der SPD:

### I Informationskampagne zum Pfändungssicheren Konto

Auf der Oppositionsbank gefordert, in Regierungsverantwortung umgesetzt: die SPD-Fraktion hat unter Federführung von Ksenija Bekeris eine Informationskampagne zum Pfändungssicheren Konto (P-Konto) angestoßen und gleichzeitig eine Bundesratsinitiative in die Wege geleitet, um den bargeldlosen Zahlungsverkehr für jedermann zu ermöglichen.

Eine Informationskampagne zum bereits 2010 eingeführten P-Konto war der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen, da mit Beginn des Jahres 2012 eine gesetzliche Übergangsfrist auslief und

nun im Falle einer Kontopfändung nur noch jenes Geld vom Konto abgehoben werden kann, das – im Rahmen des Grundfreibetrags – auf einem P-Konto liegt.

Auf Bundesebene hat die SPD zu dieser Thematik eine Initiative im Bundesrat gestartet, um übermäßig hohen Kontoführungsgebühren und der Einschränkung der Basisfunktionen bei P-Konten Einhalt zu gewähren. Zusätzlich versuchte die SPD auf Bundesratsebene erneut, einen subjektiven Rechtsanspruch auf ein Girokonto, ein sogenanntes „Girokonto für Jedermann“, durchzusetzen. Denn wer bisher kein Giro-

konto hat, kann auch keine Umwandlung in ein P-Konto vornehmen. Während die Informationskampagne zum P-Konto mit zahlreichen Flyern und Plakaten erfolgreich durchgeführt wurde, verhinderten die CDU-geführten Bundesländer einen Erfolg der Bemühungen im Bundesrat.

Neue Hoffnung auf ein Girokonto für Jedermann macht eine Ankündigung des EU-Binnenmarktkommissars. Er will Ende dieses Jahres einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen. Für die über 600.000 Menschen in Deutschland ohne Girokonto heißt es also weiter hoffen.



Foto: Anneliese Canisius

Ksenija Bekeris beim Vorlesetag 2011 in der Bücherhalle Dehnhaide

### II Beratungsstelle für mittel- und osteuropäische ArbeitnehmerInnen nimmt Arbeit auf

Mit der Eröffnung einer Beratungsstelle für mobile europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitte März wurde eine weitere alte SPD-Forderung erfolgreich umgesetzt.

Die von der Stadt Hamburg und der EU finanzierte Beratungsstelle wird vom gewerkschaftsnahen Verein Arbeit und Leben betrieben und richtet sich vor allem an mittel- und osteuropäische Erwerbstätige. Der Bedarf für eine solche Beratungsstelle war spätestens seit dem 1. Mai 2011, dem Beginn der uneingeschränkten

ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die sogenannten EU-8-Staaten (Lettland, Litauen, Estland, Polen, Slowakische Republik, Tschechien, Ungarn und Slowenien) erkennbar. Auch viele Menschen aus Bulgarien und Rumänien arbeiten trotz eingeschränkter ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit bereits in Hamburg.

Die Beratungsstelle soll jene ArbeitnehmerInnen über das geltende Arbeits- und Sozialrecht informieren und über die Möglichkeit zur Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber ArbeitgeberInnen und AuftraggeberInnen aufklären.

Hamburg geht damit einen wichtigen Schritt, um mittel- und osteuropäische ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und Verelendung zu schützen.

Zu erreichen ist die Beratungsstelle bei Arbeit und Leben e.V. am Besenbinderhof 60. Konkrete Beratungszeiten stehen noch nicht fest, da sich die Beratungsstelle noch im Aufbau befindet. Interessierte können sich bis dahin an den Projektleiter Rüdiger Winter bei Arbeit und Leben e.V. wenden.

KSENIJA

BEKERIS:

„DIE EINRICHTUNG DER BERATUNGSSTELLE IST EIN WICHTIGER SCHRITT ZUM SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG UND VERELENUNG“

**Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:**

MEIN WAHLKREISBÜRO IM HERZEN BARMBEKS

### Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris

Büroleitung: Beate Schmid-Janssen  
Pestalozzistr. 21a  
22305 Hamburg

Telefon: 040 51906908

Fax: 040 51906910

E-Mail: [info@ksenija-bekeris.de](mailto:info@ksenija-bekeris.de)

### Öffnungszeiten:

Di-Fr 9-13 Uhr

Mi: 9-19 Uhr

### Ausschüsse:

- Arbeit, Soziales und Integration
- Haushalt

### Webseite:

[www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de)



Foto: Beate Schmid-Janssen

Das Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris

## Am 2. Juni gegen Fremdenhass demonstrieren!

Am Samstag, den 2. Juni, planen Nazis eine überregionale Demo in Hamburg. Unter dem rassistischen Motto „Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung“ wollen NPD, Freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten durch die Innenstadt ziehen. Es ist ein Affront und eine Provokation sondergleichen, dass die Nazis einen großen

Umzug in der Stadt planen, in der am 27. Juni 2001 der Hamburger Kaufmann Süleyman Tasköprü von der sogenannten Zwickauer Terrorzelle ermordet wurde.

Ein breites Bündnis aus Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und vielen anderen Gruppierungen formiert sich zurzeit, um einen möglichst breiten, bunten und kreati-

ven Protest auf die Beine zu stellen. Neben Blockadeaktionen und einer klassischen Demonstration wird es viele weitere Veranstaltungen geben, an denen eine Beteiligung möglich ist. Wir informieren auf der Webseite [www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de) über konkrete Beteiligungsmöglichkeiten aus dem sozialdemokratischen Spektrum.

Es heißt Farbe bekennen gegen Fremdenhass und Ausgrenzung! Seien Sie am 2. Juni bei den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch dabei!

## Tipp: Veranstaltungsreihe „Neonazis, Rechtspopulisten und die Mitte“

Arbeit und Leben Hamburg bietet im April und Mai in Zusammenarbeit mit dem Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus eine spannende Veranstaltungsreihe an. Unter dem oben genannten Titel wird an mehreren Abenden der Frage nachgegangen, wo in der Mitte der Gesellschaft Anschlusspunkte für Rechtspopulismus und Neofaschismus bestehen. Die Veranstaltungen sind kostenlos und

finden im Gewerkschaftshaus statt.

- 12. April, 18-20 Uhr, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- 26. April, 18-20 Uhr, Rechtspopulismus und Neofaschismus
- 10. Mai, 18-20 Uhr, Männlichkeiten und Geschlechterverhältnisse im Rechtsextremismus
- 24. Mai, 18-20 Uhr, Mit Bildung gegen Rechts?

Seite 4



Foto: [www.keine-stimme-den-nazis.org](http://www.keine-stimme-den-nazis.org)

Das Logo des Hamburger Bündnisses gegen Rechts

## Aktuelle Besetzung des Wahlkreisbüros

Seit Anfang März ist das Wahlkreisbüro an den Vormittagen wieder von Beate Schmid-Janssen besetzt, die aus ihrer Elternzeit zurückgekehrt ist. Am Mittwochnachmittag ist Alexander Kleinow in der Pestalozzistraße anzutreffen. Während er sich vorwiegend um Wahlkreisangelegenheiten kümmert, begleitet Beate Schmid-Janssen in erster

Linie die parlamentarische Arbeit von Ksenija Bekeris. Alf-Tomas Epstein, der bisher den Wahlkreis betreute, hat sich entschieden, wieder im wissenschaftlichen Betrieb zu arbeiten und hat deshalb das Team von Ksenija Bekeris verlassen.

Das neue Team freut sich über Ihren Besuch, ihre Fragen und Anregungen.